

Greenpeace fragt – Spitzenpolitiker antworten

Wahlkompass Kommunalwahl

Rostock 2019

Ihre Stimme zählt!



GREENPEACE
Rostock

3	Vorwort
4	Energie & Klimaschutz
8	Mobilität
12	Lebenswerte Stadt
16	Ostsee

Die Reihenfolge der Parteien ergibt sich aus dem Wahlergebnis der letzten Kommunalwahlen in Rostock im Jahr 2014.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

Zur Kommunalwahl in Rostock 2019 hat Greenpeace Rostock die antretenden Parteien zu den umweltpolitischen Forderungen der ehrenamtlichen Gruppe befragt. Die Hansestadt wirbt mit dem Motto „Die grüne Stadt am Meer“ – wie grün die Parteien die Stadt wirklich haben wollen, können Sie in dem vorliegenden Wahlkompass erfahren.

Die Themenbereiche sind: Energie & Klimaschutz, Mobilität, Lebenswerte Stadt und Ostsee. Zu den Themenbereichen gibt es jeweils drei Fragen, die von den Parteien mit „Ja“, „Nein“ oder „keine Position“ beantwortet werden konnten. Zudem haben wir darum gebeten, die Auswahl in Kurzform zu begründen.

Die Parteien CDU und AfD haben keine Antworten gegeben.

Ankündigung

Die Umweltverbände Greenpeace, BUND und NABU veranstalten am 23. Mai eine Podiumsdiskussion mit den OB-Kandidat*innen der Hansestadt Rostock 2019. Bürger*innen sind herzlich eingeladen, den Kandidat*innen Fragen zu Umweltthemen zu stellen.

Die Veranstaltung wird live auf Radio LOHRO 90.2 MHz übertragen.

Peter-Weiss-Haus, Doberaner Straße 21

► Einlass: 18:30 Uhr

► Beginn: 19:00 Uhr

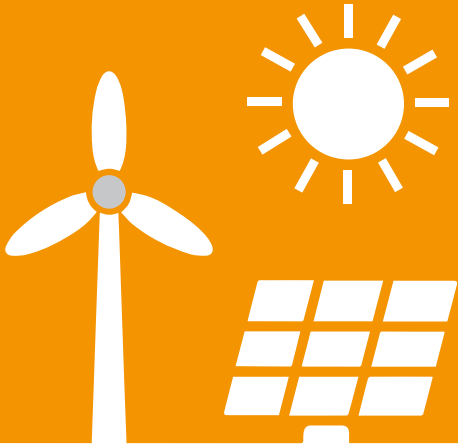
Der Eintritt ist frei.

Energie & Klimaschutz

Rostock muss erneuerbar werden!

Deutschland kann sich bis 2050 fast komplett aus Erneuerbaren Energien versorgen. Doch die Energiewende ist nur zu schaffen, wenn die Politik sie durchsetzt. Gerade die Hansestadt Rostock steht durch die Atomtransporte über Passagierfähren und das Steinkohlekraftwerk im Rostocker Hafen sowie mit den Stadtwerken Rostock in besonderer Verantwortung, die Energiewende mitzugestalten.

Gerade der Umbau der Stadtwerke zu einem vorbildlichen Ökostromanbieter (Grüner Strom oder OK Power Label) und damit verbunden der Stopp aller Zahlungen an die Betreiber des Steinkohlekraftwerks Rostock sind Aufgaben, vor denen die Mitglieder der neuen Bürgerschaft stehen werden.



→ **Unterstützen Sie die Forderung nach einem Ende der Atomtransporte über den Rostocker Hafen?**

Die Linke

Ja

»Radioaktive Stoffe werden regelmäßig, sogar auf Passagierfähren, über den Rostocker Hafen transportiert. Das muss ein Ende haben.«

SPD

Keine Position

»Wir halten am Atomausstieg fest. Eine Position über die optimalste Variante von Atomtransporten haben wir auf Kreisebene nicht.«

B 90 / Grüne

Ja

»Wir wollen den weltweiten Atomausstieg vorantreiben und gleichzeitig die Sicherheit der z. B. Fährenpassagiere gewährleisten.«

UFR

Ja

»Überzeugungssache. Atomstrom ist nur günstig, weil (anders als sonst im Abfallrecht) die Nachsorgekosten externalisiert sind. Nachhaltig ist das nicht, nur riskant.«

Rost. Bund

Ja

»Wir hatten uns bereits vor Jahren für ein atomwaffenfreies Rostock ausgesprochen.«

FDP

Nein

»Ein sofortiges Verbot unterstützen wir nicht. Ein Verbot in Rostock verlagert das Problem nur. Langfristig muss der Bedarf an den Stoffen reduziert werden.«

Unterstützen Sie die Forderung nach einem Ende der Zahlungen durch die Stadt und verbundene Unternehmen an die Kohleindustrie (Fernwärmeliefervertrag)?

Die Linke	Ja »Circa 40 % der Rostocker Fernwärme stammt aus dem Kohlekraftwerk. Wir wollen 2025 einen Ausstieg aus dieser umweltschädlichen Wärmeproduktion.«	<input type="radio"/>
SPD	Keine Position »keine Stellungnahme«	<input type="radio"/>
B 90 / Grüne	Ja »Wir wollen das bevorstehende Ende des Liefervertrages nutzen, um die Umstellung des SKW auf Erneuerbare zu erreichen.«	<input type="radio"/>
UFR	Ja »siehe Frage 2, ebensowenig nachhaltig. Unterstützung, soweit es die Amtspflichten eines OB zulassen (gilt auch für Frage 1).«	<input type="radio"/>
Rost. Bund	Ja »Solange Wärme geliefert wird, muss gezahlt werden. Der Vertrag läuft bis zum 31. 12. 2024. Er sollte dann nicht verlängert werden.«	<input type="radio"/>
FDP	Ja »Nach Auslaufen des Fernwärmevertrags soll die Stadt durch Ausschreibungen umweltfreundliche moderne Technologien ermitteln, die die Wärmeversorgung sicherstellen.«	<input type="radio"/>

Unterstützen Sie das Ziel, die Stadtwerke Rostock bis 2035 zu einem 100 % erneuerbaren Energieversorger umzugestalten?

Die Linke	Ja »Konsequent müssen wir diese Entwicklung einfordern. Dafür brauchen wir Partner*innen in der Bürgerschaft und im außerparlamentarischen Raum.«	<input type="radio"/>
SPD	Ja »Die öffentliche Hand hat bzgl. des Klimas eine besondere Verantwortung. Das gilt nicht nur für die SWRAG, sondern für die Verwaltung und alle kommunalen Unternehmen.«	<input type="radio"/>
B 90 / Grüne	Ja »Wir wollen eine reale Umstellung auf 100 % Erneuerbare – und nicht nur die „Vergrünung“ durch den Ankauf von Zertifikaten!«	<input type="radio"/>
UFR	Ja »Vorbildfunktion für eine nachhaltige Energiepolitik, der Wind und die Ostsee sollten das ermöglichen.«	<input type="radio"/>
Rost. Bund	Ja »Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein!«	<input type="radio"/>
FDP	Ja »Die Stadt Rostock soll langfristig erneuerbare Energien nutzen. Staatliche Planvorgaben und Fristen erreichen dieses Ziel nicht. Das Know-How der Bürger ist zu nutzen.«	<input type="radio"/>

Mobilität

Städte für Menschen und nicht für Autos!

Mobilität ist der verbindende Teil unseres Lebens - daher braucht es eine Politik, die allen Menschen schnelle, kostengünstige und sichere Mobilität ermöglicht. Eine Verkehrspolitik, die sich fast ausschließlich mit den vermeintlichen Zwängen des Automobils beschäftigt, führt zu Stau, Klimaüberhitzung, Gesundheitsgefahren durch Abgase, sinkender Lebensqualität, sozialer Ausgrenzung, schweren Verletzungen und Toten.

Nachhaltige Mobilität für Alle ist nicht nur gut fürs Klima - in Rostock sorgen weniger Staus, bessere Luft und Platz für mehr Lebensqualität. Dieser Wandel ist die Aufgabe, vor der die neue Rostocker Bürgerschaft stehen wird.



→ **Unterstützen Sie die Forderung, das städtische Radverkehrsbudget auf 30€/Jahr pro Einwohner*in zu erhöhen & insgesamt mindestens 6 Radverkehrsplaner*innen in der Stadtverwaltung einzustellen?**

Die Linke

Nein

» Wir wollen den Radverkehr fördern, keine Frage! Sechs Radverkehrsplaner*innen sind angesichts anderer dringender Personalbedarfe (Jugend, Soziales) nicht sinnvoll. «

SPD

Ja

» Den Radverkehr wollen wir weiterhin stärken und drängen auf die Umsetzung der Fahrradkonzeption inkl. der Schaffung eigenständiger, durchweg zusammenhängender Radwege. «

B 90 / Grüne

Ja

» Fortschritte im Radverkehr benötigen Planung & Investitionen. Leider ist unser Grüner Antrag selbst für nur eine Radv.-Stelle von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden. «

UFR

Nein

» Starre Personalvorgaben sind unflexibel. Es braucht auch Ökonomen, ggf. Juristen. Verkehrsplaner sollten ökologisches Mobilitätsmanagement übergreifend planen. «

Rost. Bund

keine Position

» Wir müssten Ist-Stand und Bedarf prüfen. Mehr Radinfrastruktur ist jedenfalls erforderlich. «

FDP

Nein

» Erhöhung des Budgets und Einstellen von Planern allein baut keine Radwege. Es braucht auch innovative Konzepte, ÖPNV-Knotenpunkte, sowie weiterer Angebote und Anreize. «

2 Unterstützen Sie die Forderung nach einem sukzessiven Abbau von oberirdischen öffentlichen Parkflächen zugunsten von Rad- und Fußverkehr?

Die Linke
Ja
»Um Autofahrer*innen in die Bahn oder auf's Rad zu locken, braucht man vor allem positive (günstiger ÖPNV, Radwege), aber auch negative (weniger Parkplätze) Anreize.«

SPD
Ja
»Dort wo sie mit der Fahrradkonzeption kollidieren. Darüber hinaus muss das Park & Ride-System durch zusätzliche Angebote und bessere Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden.«

B 90 / Grüne
Ja
»Sichere Rad- & Fußwege motivieren zum Umstieg & machen Verkehr für alle stressfreier. Kopenhagen reduziert Parkraum um 3 % pro Jahr – kluge Flächennutzung zahlt sich aus.«

UFR
Nein
»Kurzfristig nein, langfristig ja. Vision: Radfahren + ÖPNV wird von der Stadtgesellschaft favorisiert«

Rost. Bund
Nein
»Parkflächen bleiben auch für Carsharing und andere Mobilitätsmodelle erforderlich. Die Stellplatzsatzung sollte aber verändert werden, d. h. der Zwang für X Stellplätze.«

FDP
keine Position
»Abbau von Parkflächen setzte voraus, dass es Alternativen (z. B. P & R) zur Nutzung des PKW gibt. Erst diese können eine Verlagerung auf Fuß- und Radverkehr ermöglichen.«

3 Unterstützen Sie die Forderung nach einer 365-Euro-Jahreskarte für den öffentlichen Personennahverkehr in Rostock?

Die Linke
keine Position
»Dieser Weg ist eine Möglichkeit, die bei uns noch nicht ausdiskutiert ist. Wir würden gerne die Rostocker*innen dazu befragen.«

SPD
Ja
»Die Nutzung des ÖPNV muss für alle Nutzerinnen und Nutzer attraktiv, schnell, günstig und barrierefrei sein, sodass Individualverkehr zur zweiten Wahl wird.«

B 90 / Grüne
Ja
»Ja, es ist eines unserer zentralen Wahlkampfthemen. Der ÖPNV muss gut ausgebaut und für alle bezahlbar sein!«

UFR
Ja
»Ökologische Mobilität ist unsere Zukunft. Der ÖPNV muss attraktiv und lukrativ werden. So wird freiwillig gewechselt.«

Rost. Bund
Ja
»Damit sich jede*r Mobilität leisten kann und ein Umstieg vom motorisierten Individualverkehr erfolgt.«

FDP
keine Position
»Ein 365 €-Ticket muss sich rechnen. Das muss der ÖPNV-Betreiber beurteilen. Wichtiger als der Preis ist für uns Netzausbau und die Verbesserung der Qualität des Angebots.«

Lebenswerte Stadt

Eine grüne Stadt für alle!

Im vergangenen Jahr gab es einige Beschlüsse der Bürgerschaft, die den Weg zur „Grünen Stadt am Meer“ ebnen sollen. Mehr Wildblumen auf öffentlichen Grünflächen, das Glyphosat- und das Pestizidverbot sind wichtige Bausteine, um sich den Titel wirklich zu verdienen. Eine zielstrebige Umsetzung der Maßnahmen bleibt notwendig.

Die Bewirtschaftung der Warnow-Region muss nach ökologischen Standards erfolgen, um die Ostsee vor den negativen Folgen der industriellen Landwirtschaft zu schützen (Überdüngung). Nicht nur durch nachhaltiges Bauen und Planen, sondern auch durch das Einbinden der Bürger*innen in die Gestaltung des urbanen Raums (Gemeinschaftsgärten) entstehen in Rostock mehr Lebensqualität und ein neues Miteinander.



→ **Unterstützen Sie die Forderung, dass Frei- und Grünflächen nachbarschaftlichen Gemeinschaften für den Anbau von Gemüse zur Verfügung gestellt werden (Gemeinschaftsgärten) und ein Modellprojekt zu Beginn der Legislatur vorangebracht wird?**

Die Linke

Ja

» Entsprechende Initiativen haben wir immer unterstützt und werden dies auch weiterhin tun. «



SPD

Ja

» Es müsste aber genau geklärt werden, sodass nicht jede Rasenfläche umgepflügt wird. «



B 90 / Grüne

Ja

» Solche Projekte wollen wir unterstützen – sie sind aber nicht als Alternative zu den Kleingärten gedacht, sondern sollen zusätzlich Menschen für das Gärtnern begeistern! «



UFR

Ja

» Überzeugung. Bürgergärten sind modern (Kopenhagen). Habe bereits Ideen mit Frank (Albert & Emile) und mit der Amtsleiterin „Grünamt“ diskutiert. «



Rost. Bund

Ja

» Es stützt Gemeinschaft und hilft der Umwelt. In der Südstadt gibt es so eine Fläche bereits. «



FDP

Ja

» Öffentliche Flächen sollen verstärkt für urban gardening und Blühwiesen für Bienen und Insekten genutzt werden. Modellprojekte hierfür unterstützen wir. «



2 Unterstützen Sie das Ziel, die Region um die Warnow bis 2035 als Bioregion zu entwickeln und sukzessive 100 % der bewirtschafteten Flächen auf ökologische Bewirtschaftung umzustellen?

Die Linke
keine Position
» Grundsätzlich unterstützen wir dieses Ziel. Inwieweit es umsetzbar ist, sollte per Beschluss geprüft werden. «

SPD
keine Position
» Das Verbot von Glyphosat auf städtischen Flächen haben wir unterstützt. Zu dem konkreten Thema haben wir keine Beschlusslage. «

B 90 / Grüne
Ja
» Deshalb haben wir bereits das Gentechnik- & aktuell das Glyphosat-Verbot auf Flächen der Stadt mit erkämpft! Bio hilft unserem Trinkwasser, Artenvielfalt & der Ostsee. «

UFR
Ja
» Bin das 7. Mitglied im 1. NKL von Rostock gewesen, habe ihn zeitweise geleitet. Kenne „die Teschendorfer“, ernähre mich regional und bio. also: Überzeugung. «

Rost. Bund
Ja
» Die Warnow muss als Ökosystem und für die Trinkwasserversorgung gesichert werden. «

FDP
Nein
» Es ist nicht Sache des Staates zu bestimmen, wie Landwirte ihre Landwirtschaft im Rahmen der Gesetze zu betreiben haben. Wir fördern Anreize für Ökologische Landwirtschaft. «

3 Unterstützen Sie die Forderung, dass öffentliche Gebäude stets nach den neuesten ökologischen und energetischen Standards gebaut und modernisiert werden?

Die Linke
Ja
» Die öffentliche Hand muss ihre Vorbildfunktion erfüllen. «

SPD
Ja
» Zum verantwortlichen Umgang mit Steuergeldern gehört auch, dass moderne öffentliche Infrastruktur Energie und Rohstoffe möglichst optimal und nachhaltig nutzt. «

B 90 / Grüne
Ja
» Wir schaffen die Energiewende im Gebäudebereich nur, wenn wir auch den Wärmeverbrauch reduzieren! «

UFR
Ja
» Das fiel schwer. Ich bin stets auch dafür, den Stadthaushalt im Blick zu haben (keine Überschuldung). Auch das gehört zur Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. «

Rost. Bund
Ja
» Bauen sollte ökologisch und suffizient erfolgen. Zugleich ist Wirtschaftlichkeit mitzudenken, um Mieten sozial zu halten. «

FDP
Nein
» Bestehende Gesetze geben der öff. Hand bereits die Möglichkeit, im Einzelfall ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Eine verallgemeinernde Betrachtung lehnen wir ab. «

Ostsee

Nachhaltigkeit für den Meeresschutz!

Als Küstenstadt ist Rostock eng mit der Ostsee verbunden. Ihr Schutz und die Bewahrung dieses einzigartigen Lebensraums liegt den Rostocker*innen besonders am Herzen. Daher ist es umso wichtiger, sie vor negativen Einflüssen zu schützen und auch für zukünftige Generationen zu erhalten.

Ein nachhaltiger Tourismus, ein sorgsamer Umgang mit den natürlichen Ressourcen und ein Ende der Vermüllung sind unabdingbar.



Unterstützen Sie die Forderung nach einer verpflichtenden Nutzung von Landstrom durch alle Kreuzfahrtschiffe in Rostock bis 2022?

Die Linke

Ja

»Ja, aber das kann die Stadt nicht alleine entscheiden. Entsprechende Diskussionen scheiterten bisher am Willen der Reedereien, an fehlender Landesförderung u. ä. «

SPD

Ja

»Besonders in touristischen Hochburgen wie Warnemünde müssen wir nicht nur dafür sorgen, dass Wohnen bezahlbar bleibt/wird, sondern auch für bestmögliche Atemluft. «

B 90 / Grüne

Ja

»Ja, wenn es keine besseren Möglichkeiten gibt! Besser wäre die Umstellung der bordeigenen Kraftwerke auf einen sauberen und erneuerbaren Kraftstoff (nicht nur im Hafen)! «

UFR

Ja

»Auch Überzeugung. Landstromanlagen beseitigen Feinstaubbelastungen in Rostock. «

Rost. Bund

Ja

»Landstrom wird unsererseits seit Jahren gefordert. Mal sehen, was eher umgesetzt wird: Landstrom für alle oder neue Schiffsantriebe. «

FDP

Ja

»Die Sinnhaftigkeit von Landstrom muss auch aus wirtschaftlicher Sicht geprüft werden. Andere Möglichkeiten, wie LNG sind zu berücksichtigen. «

2 **Unterstützen Sie die Forderung nach einem ausschließlichen Angebot von Fisch aus nachhaltiger Fischerei in öffentlichen Großküchen?**

Die Linke
Ja
»Zahlreiche Fischarten sind in Bezug auf ihren Bestand gefährdet. Als Fischköpfe tragen wir eine besondere Verantwortung.«

SPD
Ja
»Zudem wollen wir die Schulessensversorgung in öffentlicher Hand. Für gesundes, kostengünstiges Essen, vorwiegend aus regionalen und nachhaltig produzierten Lebensmitteln.«

B 90 /Grüne
Ja
»In der Gemeinschaftsverpflegung wollen wir durch entsprechende Ausschreibungen den Anteil an Lebensmitteln aus biol. Erzeugung bzw. nachh. Fischerei sukzessive erhöhen.«

UFR
Ja
»Meeresschutz ist extrem wichtig. Der „Staat“ (im weiteren Sinne) muss stets Vorbild sein. Das unterstützt auch kleine Unternehmen /Fischer.«

Rost. Bund
Ja
»Unklar ist nur die Umsetzung, da es sich um private Betreiber handelt. Man kann aber eine solche Auflage in die Ausschreibung aufnehmen.«

FDP
Nein
»Für die öff. Hand gibt es bereits gesetzliche Regelungen, bei Warenbeschaffungen Nachhaltigkeitsaspekte zu berücksichtigen. Eine verallgemeinernde Betrachtung lehnen wir ab.«

3 **Unterstützen Sie die Forderung nach einem Verbot von Einwegplastik auf allen öffentlichen Veranstaltungen und der Einführung eines Mehrwegbechersystems?**

Die Linke
Ja
»Als Stadt sollten wir mit gutem Beispiel vorangehen und dem Plastikwahnsinn den Kampf ansagen.«

SPD
Ja
»Wir haben dazu schon (gemeinsam mit Grünen und Linken) einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft eingebracht.«

B 90 /Grüne
Ja
»Wir sind schon voll dabei! ;-)«

UFR
Ja
»Ohne „wenn und aber“; die Rechtsprechung des BVerfG's aus Mitte 1990er Jahre (bundesfreundliches Verhalten) dürfte überholt sein.«

Rost. Bund
Ja
»Wurde am 06.03.19 auch mit unseren Stimmen beschlossen.«

FDP
Ja
»Bei Veranstaltungen der Stadt Rostock/ihrer Gesellschaften ist auf Einwegplastikgeschirr- und -verpackungen zu verzichten. Für Private soll es ein Plastefreizertifikat geben.«

Wahlkompass Umweltpolitik – Rostock 2019

Greenpeace Rostock

In der Rostocker Gruppe engagieren sich Menschen jeden Alters. Sie helfen durch ihre regionale Arbeit, globale Umweltprobleme anzupacken.

Unsere aktuellen Themen sind der Kohleausstieg, die Verkehrswende und Konsumkritik. Doch damit nicht genug: Wir sind immer bereit, weitere Umweltprobleme hier in Rostock anzugehen und unterstützen natürlich auch die überregionalen, bundesweiten und internationalen Aktionen und Kampagnen von Greenpeace.

Jeweils am letzten Montag im Monat veranstaltet Greenpeace Rostock im projekt:raum am Warnowufer 29 um 19:00 Uhr ein Treffen für Neueinsteiger*innen.

Eingeladen sind alle, die bei Greenpeace aktiv werden wollen, am Umweltschutz interessiert sind oder einfach einen Eindruck erhalten möchten, wie Greenpeace arbeitet. Am Anfang werden Rostocker Aktivist*innen die Arbeit von Greenpeace kurz vorstellen, danach gibt es einen Einblick in die ehrenamtlichen Tätigkeiten der örtlichen Gruppe. Fragen und Anregungen sind jederzeit willkommen.

Impressum Greenpeace Rostock, Warnowufer 29, 18057 Rostock;
presse@rostock.greenpeace.de; www.rostock.greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin**
Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0 **V.i.S.d.P** Florian Becker **Text/Redaktion**
Florian Becker **Gestaltung** Henning Thomas **Druck** Druckerei Zollenspieker „Kollektiv“ GmbH,
Zollenspieker Hauptdeich 54, 21037 Hamburg **Auflage** 500 Exemplare **Stand** 05/2019
zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende an Greenpeace e.V.:
GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67, KTO 33401; BIC GENODEM1GLS,
IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier